

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale) Mit der illustrierten Monatsbeilage „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14-tägig erscheinenden Beilagen „Tribüne“ „Die Rote Sichel“, „Der Jungprolet“, „Die Genossin“

Angabepreis: Die Gespaltene Millimeterzelle od. deren Raum 1000.— M. Kleinen und Wohnungsgelände, Familiennachrichten, Vereins- und Verbandsangelegenheiten 300.— M. Kleine Anzeigen per Wort 50.— M. — Reklamepreis: Die Millimeterzelle 4 gespalten oder deren Raum im Jahr 2500.— M.

Montag, den 23. Juli 1923

Bezugspreis: Durch Austräger 4000.— M. pro Woche. Durch die Post 6500.— M. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages für Monat Juli. Redaktion und Expedition Breslau, Treibitzstraße 30. — Postkontos: Breslau Nr. 310 69. — Fernsprecher: Breslau Ring 6887.

Das blutige „Ordnungs“-programm der Faschisten

Wüste Kommunistenheke als neues Stichwort / Macht Plak für Ehrhardt! / Neue Unternehmerprovokationen

Das Stichwort ist gefunden!

Am Sonntag hat endlich die bürgerliche Presse das Stichwort zur Beurteilung der Breslauer Plünderungen gefunden. Niemand anders als die Kommunisten sind schuld! Mit frecher Stirn schreibt die deutschnationale „Schlesische Zeitung“:

„Die blutigen Krawalle und Plünderungen in Breslau... beweisen, daß die Kommunisten auch bei uns einmal eine Selbstenstufung vornehmen wollten, um das stets bereite Heer der jungen Burschen und Weiber einzuzerzieren.“

Für diese Behauptung, deren Blödsinnigkeit fast noch ihre Freistigkeit übersteigt, hat das faschistische Blatt auch nicht den Schatten eines Beweises vorzubringen. Es beruft sich, ebenso wie der Schwindelredakteur Dr. Alfred Oehle von der „Breslauer Zeitung“, auf einen gebrochenen Handzettel der Union. Leider ist den schamlosen Verleumdern das Maß der Unverschämtheit noch nicht gekommen. Sie behaupten, daß diese Handzettel erst am 10. Uhr verteilt wurden, während die Krawalle schon um 4 Uhr nachmittags begannen. Ferner bezog sich der unionistische Aufruf auf eine Versammlung, die am Sonnabend morgen im Schießwälder stattfinden sollte und tatsächlich stattgefunden hat. Uebersichtlicherweise sei noch festgestellt, daß die kleine und einflußlose Gruppe der UAU absolut nichts mit der Kommunistischen Partei zu tun hat.

Aber wenn den Herren von der bürgerlichen Presse auch jegliche Grundlage für ihre Behauptungen fehlt, tut nichts, der Kommunist wird verbrannt! Die niederträchtige Verleumdung der Kommunisten gehört ganz ebenso ins Programm der deutschnationalen Provokateure, wie die ganzen Plünderungen und Krawalle vom Freitag. In dem ersten Flugblatt der Kommunistischen Partei war bereits festgestellt, daß die Breslauer Krawalle ihre hochpolitische Bedeutung haben. Die Reaktion, die die Plündererbanden ganz offensichtlich organisiert und bezahlt hat, plant einen großen Schlag gegen die gesamte

Scharfmacherartikel der „Schlesischen Zeitung“ vom Sonntag ist überschrieben: „Ordnung.“ Ein altes Rezept der Reaktion: man provoziert die Bevölkerung zu Unruhen, knallt die Arbeiter nieder, um dann durch den weissen Terror die Herrschaft der „Ordnungspartei“ zu etablieren.

Die „Schlesische Zeitung“ zögelt so weit, einen Termin für das Ausschlagen der Konterrevolution anzugeben. Sie schreibt:

„In der Verfassung steht: das freie Volk regiert sich selbst. Nun, es scheint, daß bis zu ihrem Gedentage das Volk genug Erfahrung gesammelt haben wird, um zu erkennen, daß es in der Tat mehr als bisher selbst dazu tun muß, um einen kräftigeren Schutz gegen die Feinde der wirtschaftlichen Ordnung und der öffentlichen Sicherheit zu erlangen.“

Das Eingeständnis

Die „Schlesische Zeitung“ macht folgendes interessante Eingeständnis für die „wohlorganisierte Aktion“ der antisemitischen Faschisten:

„Ueber die Art, wie die Plünderer arbeiteten, wies uns von Augenzeugen mitgeteilt, daß der Plündererhorde ein Stoßtrupp von vielleicht fünf oder sechs Mann — älteren Leuten — voranmarschierte, der sich nur damit beschäftigte, die Schaufenster einzuschlagen, die

Läden zu erbrechen, und dann die Waren auf die Straße unter die Menge zu werfen. Die Mitglieder dieses Stoßtrupps behielten nichts für sich, sie hatten ja auch nicht die Hände dazu frei — sie müssen also wohl von anderer Stelle für ihre „Arbeit“ entlohnt worden sein. Von Leuten, bei denen man eine gewisse Orientiertheit annehmen konnte, wurde übrigens erzählt, daß die Plünderung auf Grund einer Art Proskriptionsliste vorgenommen worden sei — was sich nicht unwahrscheinlich ausnimmt angesichts des Umstandes, daß selbst in den Brennpunkten der Tumulte Geschäfte, deren Bestände die Habgier von Räubern sehr wohl reizen konnten, unverfehrt blieben, während weniger ansehnliche Geschäfte überfallen wurden.“

Die Provokateure fischen weiter im Trüben

Die faschistischen Drahtzieher verbreiten beunruhigende Gerüchte in der Stadt. So wird z. B. behauptet, daß die Arbeitslosen nicht mehr zu halten sind und Dienstadt loschlagen wollen.

Nun ist es gewiß richtig, daß die Verzweiflung und Erbitterung der Arbeitslosen infolge der unzulänglichen Unterstützungen und der Wucherpreise auf dem Höhepunkt angelangt ist. Die Arbeitslosen lehnen aber die sinnlosen Plünderungen ab und stehen denselben vollkommen fern.

Sie verlangen dagegen:

Sofortige Inangriffnahme der immer wieder verschobenen Notstandsarbeiten sowie Unterstützung der Arbeitslosen in Höhe des ortsüblichen Tagelohnes.

Weiter: Abgabe verbilligter Lebensmittel an die Erwerbslosen.

Wir fordern, daß diese berechtigten Forderungen der Erwerbslosen endlich erfüllt werden.

Nur auf diese Weise wird den unter den Arbeitslosen eifrig agitierenden Faschisten das Wasser abgegraben.

Die Breslauer Arbeitslosen werden in den nächsten Tagen ganz besonders auf verdächtige Elemente achten und auftretenden Provokateuren sofort das Handwerk legen müssen.

Die Plünderungen und die BEPD.

In der „Volkswacht“ sieht Herr Birnbaum die „Lehren der Bergwerkswirtschaft“. Das Ergebnis ist mager, wie immer. Die Haltung der Sozialdemokratie angesichts der furchtbaren Zustände, die die bantraktische deutsche Wirtschaftspolitik schafft, ist hilflos und reig. Jeder Konsequenz, jeder Kampfnotwendigkeit geht man aus dem Wege. Um abzulenken, beschäftigt sich Herr Birnbaum damit, alte Kalauer, die das Bürgertum gegen die Anfänge der sozialistischen Bewegung vorbrachte, zu wiederlegen. Die Sozialdemokratie will nicht „killing“, sondern den Sozialismus. Außerdem: „Wer sich an den Kleinhandelsgeheimnissen ärgert, braucht ja nur dem Konsumverein beizutreten um sich vor dieser Ausbeutung zu schützen.“ Ein probates Mittel: Wer kein Brot hat, 1.11 doch Kuchen essen. Leider fehlt es der Arbeiterschaft an den Mitteln, um sich überhaupt am Leben zu erhalten. Dagegen hilft auch der Konsumverein, so qui gemeint der Vorschlag zum Beitritt ist, nicht!

Bei der Feststellung der Anführer der Breslauer Plünderungen führt die „Volkswacht“ einen förmlichen Gieranz auf, um sich vor den Konsequenzen zu drücken. Sie schreibt:

„Was gestern mitmachte, gehört nicht zu uns und ein kommunistisches Flugblatt trifft vielleicht (I) nicht (II) die ganze Wahrheit, aber doch (I) ein gutes Stück davon, wenn es die Anführer in rechtsstabilen Kreisen nicht, entmensliche Charakter der Ausschreibern

Bevorzugung jüdischer Geschäfte — war ja deutlich.“

Warum dieses Lampenlied, Herr Birnbaum? Warum nicht klar heraus mit der Sprache? Warum nicht den ungeheuren Ernst gezeigt, der in der Vorbereitung des Ausschlagens der Faschisten liegt? Das bedeutet Kampf! Das bedeutet die Notwendigkeit, proletarische Abwehrformationen zu bilden. Das Breslauer Gewerkschaftsamt hat auch das Warnungssignal vom 20. Juli nicht gehört und den kommunistischen Vorschlag, die Arbeiterschaft durch proletarische Abwehrformatio-

Wir fordern:

1. Sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes.

2. Die Zurückziehung von Polizei und Reichswehr und deren Ersatz durch Sicherheitsformationen der organisierten Arbeiterschaft.

3. Sofortige Freilassung aller verhafteten Arbeiter, Niederschlagung aller Verfahren, wo nicht einwandfrei die Plünderung nachgewiesen ist.

4. Sofortige Unterdrückung aller faschistischen Organisationen und Verhaftung der Urheber der Plünderungen des 20. Juli.

5. Sofortige Bildung und behördliche Anerkennung von proletarischen Kontrollausschüssen zur Bekämpfung des Wuchers.

Proletarier! Genossen! Nehmt in den Betrieben Stellung zu diesen Forderungen.

nen vor den faschistischen Provokateuren zu schütten, abgelehnt. Soll erst gewartet werden, bis das Proletariat neue blutige Lehren erhebt? Wenn die „Volkswacht“ lacht, über die politischen Aufgaben des Staates werden, so hoffen wir, nach diesen ersten Erfahrungen mit Hilfe der Gewerkschaftsorganisationen Arbeit im Wiederholungsfall: „sich besonnenere gelöst werden“. So ist das der berühmte Vorschlag, der den Teufel mit Besenbesen austreiben will. Die Behörden haben stets bewiesen, daß sie durch ihre Maßnahmen den Faschisten Vorschub leisten, dagegen die Abwehrmaßnahmen der Arbeiterschaft unterdrücken. Ein Beweis dafür ist die Verhängung des Ausnahmezustandes. Die Ereignisse werden zeigen, daß die Arbeiterschaft durch die Straßengewalt der BEPD in den Abgrund gerät. Hier hilft kein Mundspitzen, es muß gepfeifen werden!

Die Opfer

Volleithlich wird gemeldet, daß am Freitag im ganzen fünf Personen von Polizeimannschaften erschossen worden sind, vier Männer und eine Frau. Während die Personalien der Männer ermittelt werden konnten, ist die Frau (mittelgroß, 50-55 Jahre alt, dunkelblondes Haar, rotbrauner Oberrock, dunkelblauer Interrod, blau- und weißgestreiftes Hemd, karierte Bluse, schwarze Strümpfe und Halbhuhe) bisher noch unbekannt. Angaben zu ihrer Ermittlung werden an das Polizeipräsidium, Zimmer 6, erbeten.

Die Namen der Erschossenen sind wie folgt festgestellt worden: 1. Kernmacher Rudolf Mann (ohne festen Wohnsitz), 2. Willi Drescher, Boener Straße, 3. Herbert Kliech, Reichstraße, 4. Max Urban, mit Schußverletzung im Krankenhaus Bethesda eingeliefert und dort gestorben. Außerdem sind 15 Schußverletzte eingeleitet worden.

Es ist charakteristisch, daß ein großer Teil der bisher festgestellten Opfer der Faschisten-

nruhen weder in Breslau einen festen Wohnsitz haben noch polizeilich registriert sind. Es handelt sich also zweifellos um Leute, die von auswärts her, von Koffbach und Konforter nach Breslau kommandiert wurden.

Sungerkrawalle in Gleiwitz

Wie die bürgerliche Presse meldet, ist es am Sonnabend nachmittag in Gleiwitz zu lebhaften Krawallen gekommen.

Die Massen sollen in Lebensmittelgeschäften ein gedrungen und Herabsetzung der Fettpreise erzwungen haben.

Zu Beschädigungen und Plünderungen ist es nirgends gekommen.

Eigene Nachrichten liegen leider noch nicht vor. Da Gleiwitz aber bekanntlich die Hochburg der oberschlesischen Orgesch ist, so kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die Faschisten auch dort veruchten, im Trüben zu fischen. Erfreulich ist jedenfalls, daß dieser Versuch nicht gelang.

Neue Unternehmerprovokation Sämtliche Holzarbeiter Schlesiens ausgesperrt

Die Freie Vereinigung der Arbeitgeber in der Holzindustrie hat in die des Teilschleiers der Holzarbeiter beschlossen, die gesamte Arbeiterschaft in den ihr angeschlossenen Betrieben anzusperrn.

Durch diese heut in Kraft tretende Aussperrung werden zehntausende von Arbeitern gestoppt. Die Unternehmer wissen, daß die Aussperrten kaum die Mittel besitzen, um den Lebensunterhalt für den nächsten Tag zu bestreiten. Wie überall im Reiche, so wollen sie auch in Schlesien die Arbeiterschaft zu Verzweiflungstaten treiben.

Grüner provoziert

Maßregelung des Eisenbahn-Betriebsrates in Oppeln

Zwischen den Arbeitern, Angestellten und Beamten der Hauptwerkstatt in Oppeln und der Verwaltung bestehen seit längerer Zeit Differenzen wegen Einführung der getrennten Arbeitszeit. Die Arbeiter und Beamten haben wiederholt einstimmig beschlossen, an der bisherigen Arbeitszeit festzuhalten. Diesen Beschluß hat auch der Betriebsrat, wie es seine Pflicht ist, vertreten. Nunmehr hat die Verwaltung den gesamten Betriebsrat fruchtlos entlassen. Von der Entlassung werden u. a. zehn Familienväter betroffen. Diese Maßregelung hat ungeheure Erregung unter den Eisenbahnern Oberschlesiens hervorgerufen. Die Eisenbahner Oberschlesiens sind nicht gewillt, sich diese unerhörte Provokation der Verwaltung gefallen zu lassen und stehen geschlossen hinter ihrer gewählten Vertretung.

Kommunistische Erfolge im Metallarbeiterverband

Bis zur Stunde liegen folgende Meldungen von den Wahlen zum Verbandstag des MAB vor:

Breslau: SPD. 1856, KPD. 2043, ungültig 86. Zwei Betriebe stehen noch aus (Archimedes und Enginger).

Waldenburg: Liste Franz (KPD.) 401 gegen Dähler (SPD.) 381 Stimmen gefegt.

Freiburg: Liste Geißler-Bieglich (KPD.) erhielt 176, die parteilose Liste Krause ebenfalls 176, gegen die SPD-Liste, die es nur auf 61 Stimmen brachte.

Widerstand gegen Kohndruck kraßbar

Die Direktorenkonferenz der schlesischen Kohlenbergwerke beschloß eine Herabsetzung der Löhne für Untertag- und Oberlagarbeitern um 30 Prozent.

In Radno wurde unser Genosse Stadnik unter Anklage gestellt, weil er die Arbeiter zur Bildung der Einheitsfront aufforderte.

Kohndruck im besetzten Gebiet. Die Eisenarbeiter in Duisburg, Gelsenkirchen und Wesel sind wegen Lohnforderung in den Streik getreten.



# Macht Platz für Ehrhardt!

Der sagt, die Faschistenregierung säße in München? Halbe Wahrheit! Sie sitzt auch in Berlin. Der sagt, die bayerische „Vollstufung“ greife den Hochverrat hinfrei unter die Arme? Halbe Wahrheit! Der Staatsgerichtshof muß auch. Der Staatsgerichtshof zum „Schutze der Republik!“ Die sächsische Regierung verächtlich Material zur Vorgesichte von Ehrhardts Flucht. Danach fallen die Schüler. Danach gefolgt nicht Betroffene, nicht Unterbeamte, nicht der Gefängnisdirektor ist schuldig. Es ist der Vorsteher des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik selbst, der Staatspräsident beim Reichsgericht, Dr.-Schmidt.

Der Führer des Rechts.  
Der Schüler der Republik.  
Der Richter Ehrhardt.  
Er ließ den Vogel fliegen.

Er hat die „strengen Sicherheitsmaßnahmen“ zu einer Farce gemacht. Er sabotierte die Briefkontrolle. Er verbot die bei jedem Besuche selbstverständliche Kontrolle des Verlesers mit der Außenwelt. Er ordnete an, daß Ehrhardt's Frau und der Betier des „großen Konsuls“, Karl Ehrhardt stundenlang, unkontrollierbare Gespräche mit dem meinsidigen Hochverrat führen kann. Er jagt die Beamten fort, die die Gespräche überwachen sollen. Er tut das, obwohl dieser brave Betier, dieser Faschist und Verbindungsmann zur Organisation S, vorher schier unverblich dem „Gefangenen“ die halbtägige Befreiung angekündigt hatte. Der Schutzherr der Republik sorgte dafür, daß im Gefängnis ungeführt der Befreiungsplan beraten und beschlossen werden konnte.

Und als er von einem Vertreter der sächsischen Regierung befragt wird nach seinen Sicherheitsmaßnahmen, er grinst er diesen frech ins Gesicht. Er mache, was er wolle; niemand sei er verantwortlich als dem Reichsjustizminister.

Dem Reichsjustizminister!  
Und Ehrhardt, der Betier, der Faschist, der Betrüger, der rühmt sich seiner Verbindungen mit dem Reichskanzler Cuno und dem Reichsjustizminister Dr. Heine.

Cuno und Dr. Heine!  
Sie sind verflucht in das Reich der Verschönerung. Sie können nicht heraus. Solch tapferen Richter gibt es selbst in der vorgeschweigten deutschen Bürokratie nicht, der ohne Rücksicht einem Staatsverbrecher den Weg in die Freiheit bahnt. Die Deckung war da.

Herr Heine macht den Versuch, sich aus der Märe zu ziehen, indem er eine Untersuchung ankündigt, zugleich aber schreit: Was auch meine Leute gemacht haben — die sächsische Regierung ist schuldig! Warum hat sie nicht an der ewig verschlossenen Tür geklopft, als das Komplott Ehrhardt-Schmidt war!

Wo Cuno auf die sächsische Regierung, die radikale, die die Arbeiter vor den Ehrhardt's und ihren Mordkolonnen schützen will und die es wagt, das schmutzige Unterzeug unserer erhabenen Republik zum Fenster hinaus zu hängen.

Fort mit der sächsischen Regierung! Macht Platz für Ehrhardt! Das ist die Parole.

Und Moske jagt die kommunistische Presse. „Ja recht!“ Er weiß auswendig den Bericht. Und in Breslau flieht das Blut der Arbeiter!

Macht Platz für Ehrhardt! rufen Heine und Cuno. Der „Vorwärts“ aber meint, man müsse die Schmidt nach Heine und Cuno vor den Staatsgerichtshof holen. Die laden ihn nach Schmidt nach Heine im Staatsgerichtshof präsentieren als Richter im Ehrhardtprozess — ohne Ehrhardt! So ist in der Ordnung. Macht Platz für Ehrhardt! Macht Platz mit dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik! Er hat genug Proben seines Mutes und seines Wagens gegeben.

Die Arbeiter dürfen sich auf keine Verleumdung verlassen und auf Ödter. Die ganze Seite der Erde ist jetzt demütigt vor ihnen. Geh auf, Pöbel, und läse dich! Geh zur Hölle!

# Demonstration gegen Verbot

Die Abhaltung des Anlaufstages am 28. Juli wurde von der braunschweigischen Regierung, in der bekanntlich sozialdemokratische Minister sitzen, verboten.

Der sozialdemokratische „Vollstufung“ in Braunschweig wendet sich mit dementsprechender Schärfe gegen die verfassungswidrigen Verbote und fordert von der Regierung, daß der Anlaufstag von ihr nicht als bisher verbotener Anlaufstag gegen die Kommunisten zu gelten. Und wie wird sich, daß das sozialdemokratische Blatt nur deshalb schärfere Töne anschlägt, weil die Arbeiter im Braunschweiger Land geschlossen hinter dem Aufruf zum Anlaufstagen stehen. In einer Karikatur in Braunschweig, die schlemmig zusammengebastelt wurde, so daß nur ein geringer Teil der Delegierten anwesend war, hat es der Karikaturist verstanden, sich vor der Entscheidung zu brühen, indem er die Karikatur wegen schlechten Witzes verbot.

Die kommunistische Partei erläßt einen Aufruf, in dem sie verlangt, daß die Arbeiterkraft geschlossen mit ihr das Recht auf der Straße erlangt. Im Aufruf wird weiterhin gesagt, daß das Verbot des Anlaufstages durch die Regierung den Faschismus erst recht zu neuen Taten begeistern würde, und es sei bringende Aufgabe der Arbeiterkraft, noch einmal so massiv und wichtig am 29. Juli den Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen.

Die Erregung in den Kreisen ist sehr groß. In Resolutionen und Delegationen werden die Delegierten der Großbetriebe im ganzen Lande Braunschweig der Regierung keinen Zwieself lassen, daß die Arbeiter vor dem Faschismus nicht zu Kreuze kriechen werden.

Am Montag findet auf dem Schloßplatz in Braunschweig eine Protestkundgebung statt.

Es muß festgehalten werden, daß die sozialdemokratische Mehrheitsregierung als einzige ganz Deutschlands den Anlaufstagen verboten hat — er wird trotzdem stattfinden.

# Der Faschismus ist der grundsätzliche Feind aller Frauenrechte

Der Faschismus ist eine Bewegung, die sich auf die jetzt bestehenden Ausbeutungs- und Vorrechte der herrschenden Klasse gründet. Daher ist der Faschismus ein Feind aller Frauenrechte. Er erkennt die Gleichberechtigung der Frauen nicht an, weder im Staat noch in der Familie. Die Frau soll Dienerin des Mannes sein, von ihm soll sie Gnade empfangen, auf ihn ist sie angewiesen. So bedeutet der Faschismus die Annullierung der Vorrechte des Mannes als Mensch, Staatsbürger und auch als Geschlechtsweib.

Keine denkende Frau, keine Frau mit Persönlichkeitsbewusstsein kann daher überzeugte Faschistin sein. Im Gegenteil, sie muß ihn unerbittlich bekämpfen. Es genügt nicht, daß sie nicht für den Faschismus eintritt, sie darf ihn durch Passivität nicht unterstützen, sondern muß aktiv gegen ihn auftreten. Die Frauen gehören beim Kampf gegen den Faschismus in die allerersten Reihen.

Genossinnen, tut eure Pflicht am 29. Juli, dem Anlaufstagen. Stellt Euch als Kämpferinnen in die Reihen der Demonstranten!

# Die Begünstiger der Parchim-Mörder

Der Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofs hat nach einer „Vorwärts“-Meldung in der Parchimer Morde die drei weitere Verhaftungen angeordnet, und zwar gegen drei leitende Persönlichkeiten der von Kopsch begründeten, inzwischen verbotenen „Zurwechschoten“ der deutschvölkischen Freiheitspartei, Köpfe, Perhard und v. Zeitenborn. Sie beiden ersten wurden in Berlin verhaftet und sind bereits abgeführt worden, der letztere wurde in Hamburg festgenommen und befindet sich momentan auf dem Transport nach Leipzig.

Sie werden bestraft, an der Verhinderung der Parchimer Morde mitgewirkt zu haben, indem sie einzeln oder im Verbund mit Kopsch zusammengekommen. In diesem Zweck fand auf dem Bureau der deutschvölkischen Freiheitspartei in Berlin eine Besprechung statt, in der außer diesen drei auch der inzwischen schon verhaftete Sekretär Kopsch's in Braunschweig, Kinnahn, v. Zeitenborn stellte die Verbindung für die Flucht zur Verfügung, während Köpfe die Arbeit an die drei Mitarbeiter übernahm werden sollte, mitteilte. Es war dies die Arbeit des deutschvölkischen Verlages „Der Sturm“ in Hannover, Heisterstraße 58. Kinnahn war kürzlich, zugleich mit Richter, in Braunschweig verhaftet worden, jedoch von Berliner Untersuchungsrichter wieder freigelassen worden. Zeitenborn war der Einberufener gehalten, von Kopsch geleitet, die Besprechung in Braunschweig, die Ende Februar nach Verhaftung des Reichswehrministers Kinnahn hatte und von der Postzeit ausgehoben worden war. Im Zusammenhang damit war Zeitenborn verhaftet, nach Leipzig transportiert, jedoch Mitte Juni wieder freigelassen worden. Gleich nach seiner Rückkehr aus Leipzig nahm er an jener Besprechung wieder teil, jedoch keine wesentliche Teilnahme angenommen worden ist.

# Bauernrat

In Berlin ist in mehreren Kreisen ein Bauernrat entstanden, der sich dem Bauernrat in Ostpreußen angeschlossen hat und zum Bauernrat, und zwar Schuppenberger, festgestellt worden. Sie werden

nach Achterstraße und von dort von Offizieren in Schloßparkform mit Begleitung nach Auenberg gefahren. Die Besetzungen sind besonders eilig. Die Wagen eignen sich vor allem für den Transport von Maschinen. Die Bauernautos eignen sich zum Teil zum Transport, die Schuppenwagen mehr zum Transport. Sie sollen nach Ostpreußen und von dort nach Königsberg sowie nach anderen Provinzen gehen. Sind das auch Vorbereitungen, die, wie es auf Anfrage heißt, dem „Staatswohl“ dienen? Die Arbeiterkraft, insbesondere die Betriebsräte, haben die Pflicht, schärfste Kontrolle zu üben.

# Leuerungsziffern

Erhöhung des Großhandelsindex der Industriellen- u. Handelszeitung um 35,8 Proz.

Während der Dollar in der Zeit vom 14. bis 20. Juli um 24,8 Prozent gestiegen ist, ist der Großhandelsindex der Industrie- und Handelszeitung um 35,8 Prozent gestiegen. Damit hat das durchschnittliche Preisniveau in Deutschland die 6790 fache Preise der Vorkriegszeit erreicht. Die Preise haben sich nicht ganz einheitlich erhöht. Am stärksten sind die Preise für ausgesprochene Inlandsmarken, wie Fleisch, Fisch, Fett, Milch und Butter gestiegen, und zwar um 44,6 Prozent. Immerhin sind diese Preise noch hinter den Weltmarktpreis. Sie haben das etwa 41000 fache der Vorkriegspreise erreicht. Die zweitstärkste Steigerung hat die Gruppe Kohle, Eisen, Metalle usw. mit 42,4 Prozent auf das 8087 fache erfahren, dann folgen Textilien um 32,2 Prozent auf das 92591 fache, Getreide, Mehl, Kartoffeln und Düngemittel um 29,5 Prozent auf das 55092 fache und Häute, Felle, Leder und Gummi um 17,4 Prozent auf das 71160 fache.

# Ein Zwanzigmarkstück 900 000 Mark.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 28. d. Mts. ab bis auf weiteres zum Preise von 900 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 450 000 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsbankmünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 20 000 fachen Betrage des Nennwertes.

# Ergenante billige Galaberinne

Unter der wachsenden Ueberfülle bezieht die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ für agrarische Wachertreue, über den Verkauf normgerechter Galaberinne durch das Ernährungsgesamt Berlin. Der Preis für die Heringe ist auf 1500 Mark festgelegt. Im Vergleich mit dem Vorkriegspreis kommt der Multiplikationsfaktor von 15 000 heraus. Das Blatt will mit seiner Ueberchrift den Anschein erwecken, als seien die Heringe — Konkurrenz gegen Fleisch — verhältnismäßig teuer. Den Preis für Fleisch haben die Agrarier aber nicht auf das 15000 fache, sondern auf das 40-50 000 fache hinaufgetrieben.

„Wer kann solche Preise zahlen?“ so fragt die „Deutsche Tageszeitung“ mit dem Hinweis auf die letzte Bierpreiserhöhung. Danach kostet 1 Liter Lagerbier 12 800 Mark, 1 Glas Bier (1/2 Liter) 4000 Mark. Dem wüthigen Agrarier zur gel. Beachtung, daß gegenüber Ihren Preisen die obige Frage berechtigt wäre. Ein Glas B. kostet mit 5000 Mark immer noch mehr als ein Glas Bier, während früher zwei Bierbecher kosteten, wie ein Glas Bier. Die agrarische Frage „Wer kann solche Preise bezahlen?“ ist leicht zu beantworten: Landbesitzer, Agrarier, können jeden Preis zahlen, weil sie im Preisstreifen selbst jede Konkurrenz schlagen.

# Der Dant des Schlotbarons

Das heutige Eisenwerk Trezenberg hatte sich im Laufe der Zeit vom Kleinbetriebe zur Großbetriebsstätte von Meißner entwickelt. Ein wesentliches Verdienst an dem Emporkommen der Firma hatte der Rastener Kau-Witbegrunder der Firma und vordereicher Bruder des Trezenberg junior. Als das Geschäft blühte, wurde Kau mit einer monatlichen Rente von 60 Mark festgesetzt. Das war im Trezenberg.

Während des Krieges wurde von dem Großverdiener Trezenberg sen. die Rente für die Witwe seines Bruders und früheren Mitarbeiter auf ganze 80 Mark erhöht, und ungenüßlich erhält die alte Frau Kau von Trezenberg junior monatlich 100 Mark, in Berlin: hundert lumpige Papiermark!

Das ist der Dant des Kapitalisten, der sich zwei Luxusautomobile leistet, im Ueberflusse lebt und kalten Blick zulehrt, wie seine Zante, die Witbegrunderin in seines Reichthums, verhungert.

Wer wollen aber durchaus nicht behaupten, daß Herr Trezenberg junior etwa keine Praxis in der christlichen Nächstenliebe hat. Im Gegentheil, die ist so stark, daß er einer von ihm besonders geliebten Dame auf dem Oylan-Altenheim einmündigen Unterhalt und eine Pensionsunterstützung gewährt. Dafür ist diese Dame aber auch jung und gepflegt, während die arme Zante Kau alt und verflümmert ist.

Die „Bolksmagazin“, als Organ der führenden Anbauernvereine in Breslau, hat auf das Ergehen der Beteiligten diese Handlungsweise an den Pranger zu stellen, die Verherrlichung betreibt. Eine bezeichnende Einstellung die sogenannte Arbeiterzeitung.

# Verkehr mit dem Feind

„Für einen Pair sten, als den Franzosen Vorführer zu sein.“ Im Wannabeber bezieht das Gegenbild ein großes Quantum Getreide, das der Reichsregierung gehört. Zum Abtransport war eine französische Ausfuhrbewilligung nötig. Was tun?

Ein Schmelzer Strohmann wurde vorgeschoben und transportierte das Getreide ins deutsche Gebiet. Jetzt haben's die Franzosen. Uoberschrift: Passiver Widerstand oder aktive Hilfe.

# Das Mordkomplott gegen Worowski

## Erordnung von Tschilcherin und Krassin geplant

„Tribune de Geneve“ veröffentlicht in ihrer Abendausgabe vom 19. Juli eingehende Mitteilungen über die Vorgeschichte der Ermordung des russischen Bolschewikisten in Lausanne, Worowski, und zwar auf Grund des nunmehr dem Verteidiger zugegangenen Aktenmaterials des Untersuchungsrichters. Danach hat Conrabi die Tat gemeinsam mit dem Sekretär des albanischen Komitees Kreuzes in Genf, Valunin, von langer Hand vorbereitet und sich bereits am 18. April d. J. nach Berlin begeben, um dort Tschilcherin, Krassin und Admiral Tschernov zu ermorden. Er traf sie dort nicht an, lehrte darum nach der Schweiz zurück und beschloß nun, auf Vorschlag Valunins, Worowski zu töten.

Conrabi erzählt in außerordentlich roher Weise selbst, wie er die Tat vollführt habe. Auf die Frage des Untersuchungsrichters, ob er denn als ehemaliger Offizier es nicht als Feigheit betrachte habe, einen Mann von hundert niederzuschleusen, antwortete Conrabi: „Ich handelte sich nicht um ein Quail, denn ich betrachte Worowski nicht als einen Menschen, sondern als einen Hund, wie übrigens alle Sowjetführer.“ Ferner gab Conrabi auf Befragen zu, daß er die Regeln für seinen Revolver besonders angefeilt habe, damit, falls er Worowski etwa zufällig in die Brustgegenwehr treffen sollte, die Kugel dort stecken bleibe und eine etwaige Operation tödlich verlaufen müsse.

Valunin erklärte vor dem Untersuchungsrichter, daß er regelrecht als Journalist bei der Lausanner Konferenz zugelassen gewesen sei und im Cercle de la Presse verkehrt habe. Als Grund dafür, weshalb er Conrabi gerade die Ermordung Worowski's empfahl, gab er an, er habe deshalb Worowski bezeichnet, weil er ihn besonders für besätigt hielt, die Interessen der Sowjets in Lausanne zu vertreten und von der Konferenz ihre Zustimmung zu verlangen. Valunin erklärte weiter, daß, falls Conrabi mit seinem Vorhaben gescheitert wäre, er selbst die Tat begangen hätte.

„Tribune de Geneve“ schreibt dazu: Belm Lesen des umfangreichen Aktenmaterials erhält man den Eindruck, daß andere noch unbekannt Personen ebenfalls der Ermordung nicht fernstehen. Die Gerichtsverhandlung wird noch Ueberwachungen bringen, wenn man hat es mit einem wahren Komplott zu tun.

# Schmidt, der Begünstiger Ehrhardts

Die Deutsche Liga für Menschenrechte hat in einem Telegramm an die oberste Staatsanwaltschaft in Leipzig die Lage erhoben gegen den Präsidenten des Staatsgerichtshofes Schmidt wegen der ihm durch die Erklärung der sächsischen Regierung nachgemessenen Begünstigung Ehrhardts. Der Rücktritt Schmidts soll bevorstehen.

# Der Kampf der Ruhrarbeiter

Am gestrigen Sonntag fand eine Wolligung des Landesauschusses der Rheinisch-westfälischen Betriebsräte statt, die eine Reihe von wirtschaftlichen, politischen und organisatorischen Fragen erzielte. Zu der bedrohlichen allgemeinen Lage wurde beschlossen, die Betriebsräte und die Delegierten sofort zu mobilisieren für die Einheitsfront, für die proletarischen Abwehr-Organisationen, gegen das Verbot der proletarischen Hundertschaften, gegen den Faschismus und Separatismus. Am 29. Juli organisiert das gesamte rheinisch-westfälische Proletariat in Hamm, Bochum, Gelsen und Köln den Antifaschistagen.

# Die Treue ist kein leerer Wahn...

Der Schlachtenbummler a. D., Prinz Heinrich von Preußen, den man aus Furcht vor Unflug, den er hätte verrichten können, kaltgestellt hatte, läßt durch sein „Gottmarthaus-Blatt“ mitteilen, er habe zu seinem im August bevorstehenden Geburtstag herbeiz so viele Glückwünsche erhalten, daß in diesem Jahre an deren Beantwortung nicht mehr zu denken ist. Er bittet, fortan von solchen Beweisen der treuen Anhänglichkeit abzulassen. Es ist zum Klagen, mit wieviel Dummheit die Demobilisationsämter der königlichen Häuser in der Zeit herumhüpfen. Sie ernähren sich mit ihrer Faulheit von den Geldern, die der Arbeiterschaft enthalten werden und die dem Fonds zur Wiedererrichtung der Monarchie dienen. Die kommende Revolution wird ihnen mit Gründlichkeit die Hälse zuschnüren.

# Genosse Ker gestorben!

Aus Paris erhalten wir folgende telegraphische Nachricht, daß unser Genosse A. Ker an Gehirnschlag plötzlich gestorben ist. Genosse Ker war Redakteur der „Humanité“ und einer der besten Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse Europas. Er vertrat die französische Bruderpartei auf der Wiener Konferenz und war einer der Mitangeklagten im großen Komplottprozess. Die französische Partei und die gesamte kommunistische Internationale verehren in ihm einen ihrer besten Kämpfer.

# Koste verbietet die „Niederländische Arbeiter-Zeitung“

Koste hat heute die in manchen Niederländische Arbeiterzeitung auf 8 Tage verboten. Grund der Abmahnung eines Aufsatzes der Tageszeitung „Niederländische Arbeiter-Zeitung“ gegen das Verbot des Anlaufstages durch die braunschweigische Regierung wurde und unter der Überschrift: „Schmidt muß das Recht auf die Straße!“ die braunschweigischen Arbeiter zu einer Protestversammlung unter freiem Himmel am 29. Juli aufgerufen.

Koste kann seine Pflicht als beauftragter Helfer der Generations. Die Pflicht der Mütter, als verlässliche Vertrauenspersonen, durch die Cuno-Regierung vor zwei Tagen offiziell angeordnet, findet im Sozialdemokratischen Parteiprogramm des braunschweigischen Parteipräsidenten Cuno ihre verbindlichste Handlungsgrundlage.







er ist durch Betrugsmänner des Markts...  
Kaufe täglich  
**Frauenhaare**  
Zahle pro Gramm bis 100.— M.  
Sema Kunath, Breslau  
Schillerstrasse 21.  
Geschäftszeit täglich von 8—6 Uhr.

Der Weg aus dem Glend. Im Hotel...  
Dhlan.  
Der Weg aus dem Glend. Im Hotel...  
Dhlan.  
Der Weg aus dem Glend. Im Hotel...

reichlich in die Vertriebe hinein, wo in...  
Klein Pösterau. R. Ohlau.  
Wir marschieren. Am Sonntag, den...  
Klein Pösterau. R. Ohlau.  
Wir marschieren. Am Sonntag, den...

Genosse Delfner ist als Bezirksleiter der KPD...  
Hohenfriedberg.  
Die KPD geht schlafen. So heißt die...  
Walbenburg.  
Achtung! Parteigenossen und Ar...

Werbung  
Essentielle Versammlung. Genosse...  
Schwieberg.  
Der Russlandfilm. Die Vorführung...  
Kattbor.  
Ein neuer Streiter. In Zwohau bei...

**Parteiaufbau**  
An die Ortsgruppen und Bezirke...  
Die Ortsgruppen und Bezirke werden...

**Frankenstein**  
Eine öffentliche Volksversammlung...  
Eine öffentliche Volksversammlung...

**Walbenburg**  
Achtung! Parteigenossen und Ar...  
Achtung! Parteigenossen und Arbeiter...

**Union der Hand- u. Kopfarbeiter Deutschlands**  
Bezirk Niederschlesien.  
Dienstag, den 24. Juli, abends 6 Uhr, in Zellhammer...

**Berichtungs-Kalender**  
Berichtungs-Kalender.  
Berichtungs-Kalender.  
Berichtungs-Kalender.

**KKG**  
KKG  
KKG  
KKG

**Suche möbliert. Zimmer**  
Suche möbliert. Zimmer  
Suche möbliert. Zimmer  
Suche möbliert. Zimmer

**Wir suchen**  
Wir suchen  
Wir suchen  
Wir suchen

**Gebr. Barasch Nachf. Gleiwitz**  
Warenhaus für sämtliche Bedarfs-Artikel  
Gebr. Barasch Nachf. Gleiwitz  
Warenhaus für sämtliche Bedarfs-Artikel